

Internationale Initiative von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft drängt G20 zu ambitionierter Klimapolitik – Germanwatch lobt das Signal für Kooperation und Klimaschutz in Zeiten US-amerikanischer Störfeuer

geschrieben von Andreas | 23. März 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Berlin/Bonn (22. März 2017). Unerwarteter Rückenwind für eine ambitionierte Umsetzung der Energie- und Klimaagenda der G20 zur Umsetzung des Paris-Abkommens: Mit einer gemeinsamen Stellungnahme haben die offiziellen Initiativen aus Wirtschaft (B20), Thinktanks (T20) und Zivilgesellschaft (C20) aus den G20-Staaten gemeinsam der deutschen G20-Präsidentschaft für eine solche Politik den Rücken gestärkt. Die G20 verantwortet rund vier Fünftel der globalen CO₂-Emissionen. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch bewertet das gemeinsame Papier als „Aufruf zum politischen Mut an die G20-Staaten, nun den notwendigen ambitionierten Klimaschutz mit einer Rahmensetzung zu versehen, die zu einem neuen Wohlstandsmodell führt“.

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch: „Trotz der Hürden, die seitens der neuen US-Regierung zu befürchten sind, fordern Zivilgesellschaft, Wissenschaft und

Wirtschaft gemeinsam, jetzt die Umsetzung des Paris-Abkommens mit konkreten Zeitplänen, einem CO₂-Preissignal sowie einer klaren Rahmensetzung für die Finanzmärkte voranzubringen. Dies ist ein gemeinsames Signal dafür, dass mit dem Inkrafttreten des Paris-Abkommens die Grundsatzfrage, ob die ambitionierten Klimaziele akzeptiert werden, mit Ja beantwortet ist. Nun geht es darum, die Umsetzung so zu organisieren, dass dies zu einem neuen Wohlstandsmodell führt.“

Die wichtigsten Positionierungen aus Sicht von Germanwatch: Die Unterzeichner fordern von der G20, die Klimaziele der Staaten so nachzubessern, dass diese die Ziele des Pariser Klimaabkommens (deutlich unter 2 Grad Erwärmung, möglichst 1,5 Grad) erreichen. Die notwendigen langfristigen Klimaschutzpläne dafür (bis 2050) sollen die G20-Staaten – sie verantworten rund 80 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen – bis 2018 oder spätestens 2020 vorlegen. Die Industriestaaten sollen zudem ihre Anstrengungen erhöhen, ab 2020 tatsächlich die zugesagten 100 Milliarden US-Dollar jährlich an Klimahilfen für Entwicklungsländer aufzubringen.

Überdies fordern die Unterzeichner ein doppeltes CO₂-Preissignal: Sie unterstützen als Kompromiss gemeinsam den Vorschlag der G20-Präsidentschaft, der vorsieht, dass fossile Subventionen bis 2025 auslaufen sollen und drängen auf einen jährlichen Bericht über die Umsetzung. Zudem soll die G20 einen Prozess für international abgestimmte CO₂-Bepreisungen (über Steuern, Abgaben oder Emissionshandel) vorantreiben, der CO₂-Preis soll sich schrittweise international annähern. Die Einnahmen sollen in Infrastruktur für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien investiert sowie für eine sozialverträgliche Transformation ausgegeben werden.

Als dritte Säule sollen auch die Finanzmärkte auf Nachhaltigkeit und Abwendung der Klimarisiken ausgerichtet werden. Die G20 soll dafür internationale Berichts- und Transparenzstandards zu umwelt- und klimabedingten Risiken für den Finanzmarkt voranbringen sowie feste Kriterien für Umwelt,

Soziales und gute Unternehmensführung als Kriterien für Infrastrukturprojekte prüfen. Das Thema Grüne Finanzierung solle auch weiter durch eine starke Arbeitsgruppe unterstützt werden.

Das gemeinsame Papier finden Sie hier:
<https://germanwatch.org/de/download/17998.pdf>

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch
(Kontakt s.u.)

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

***CeBIT wirbt mit Innovationen
der digitalen Ökonomie – doch
es fehlen Innovationen, um**

die sozialen und ökologischen Folgen der Digitalisierung zu zügeln*

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

Pressemitteilung Germanwatch

Berlin (17. März 2017). Kurz vor Beginn der IT-Messe CeBIT drängt die Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch auf Konzepte zur Bewältigung der gewaltigen sozialen und ökologischen Folgen der Digitalisierung. Die CeBIT präsentiert Digitalisierung, Automatisierung und die Vernetzung von Technik und Mensch als große Fortschritte. Dabei bleibt außen vor, was dies für die Menschen in den Ländern des globalen Südens bedeutet, wo viele Millionen einfacher Arbeitsplätze vor dem Aus stehen könnten und die Nachfrage nach entsprechenden Rohstoffen schon jetzt für erhebliche Probleme sorgt. „Die Bundesregierung feiert die digitale Transformation als Zukunftsmodell. Bei den Forschungsprogrammen werden die globalen Konsequenzen aber allenfalls am Rande betrachtet. Künstliche Intelligenz und Robotisierung haben aber das Potenzial zu einer ganz großen neuen sozialen und auch wichtigen ökologischen Frage zu werden“, sagt Christoph Bals, Geschäftsführer von Germanwatch. „Was bedeutet es zum Beispiel für Menschen in rohstoffreichen Ländern, wenn immer größere Mengen an Rohstoffen mit immer größeren Umweltfolgen abgebaut werden? Oder für den Arbeitsmarkt in Entwicklungsländern, wenn immer mehr einfache und zunehmend sogar immer komplexere Arbeitsprozesse von Computern gesteuert und deshalb auch in Industrieländer zurückverlagert werden?“

Laut einer Studie der Bank Ing DiBa sind in Deutschland 59 Prozent aller Berufe durch Robotereinsatz und Digitalisierung gefährdet. Im globalen Süden hätte diese Entwicklung laut einer Weltbankstudie technisch sogar das Potenzial, zwei

Drittel der Arbeitsplätze zu ersetzen. „Die sogenannte digitale Revolution darf unsere Welt nicht noch ungerechter machen. Die Politik muss neben den Chancen auch die sozialen und ökologischen Risiken der Digitalisierung ernst nehmen und jetzt nach Lösungen für die politische Gestaltung suchen“, fordert Christoph Bals.

Germanwatch weist zudem darauf hin, dass ein verstärkter Einsatz von – oft kurzlebiger – Elektronik und Sensorik den Ressourcenverbrauch noch weiter steigern wird. So geht man davon aus, dass sich der Kupferbedarf bis 2050 mehr als verdreifachen – und in vielen Abbauländern erhebliche Konsequenzen haben wird. Hohe Quecksilbergehalte im Blut der lokalen Bevölkerung und vergiftetes Trinkwasser sind hier unter anderem zu nennen. In den vergangenen zehn Jahren gab es etwa allein in Peru 270 Tote und mehr als 4.600 Verletzte im Rahmen von sozialen Konflikten, die zum Großteil im Kontext von Bergbau stehen. Christoph Bals fordert: „Die Bundesregierung sollte Unternehmen dazu verpflichten, dass sie Verantwortung für die weltweiten Folgen ihrer Geschäfte übernehmen.“

Germanwatch hat zu den Herausforderungen der Digitalisierung eine Themenzeitung erstellt. Der aktuelle „Weitblick“ analysiert die Risiken der Digitalisierung und stellt konkrete Maßnahmen und Forderungen an die Politik vor: <https://germanwatch.org/de/13613>

Kontakt für Medien: Johanna Sydow, Tel.: 017647326755, Mail: sydow@germanwatch.org

—
Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-0, Fax -19

E-Mail: info@germanwatch.org

www.germanwatch.org

Neues Gesetz zu Berichtspflichten über Menschenrechte betrifft nur rund 550 Unternehmen – Germanwatch kritisiert schwache Umsetzung der EU- Richtlinie zu Transparenzpflichten durch Deutschland

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

Pressemitteilung Germanwatch

Berlin/Bonn (9. März 2017). Der Bundestag verabschiedet heute ein Gesetz zur Stärkung der Berichterstattung über nichtfinanzielle Risiken von Unternehmen und setzt damit Vorgaben einer EU-Richtlinie um. Die Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch spricht von einer schwachen Umsetzung der Richtlinie. Das neue Gesetz betrifft nämlich nur bestimmte kapitalmarktorientierte Unternehmen mit über 500 Beschäftigten. Diese müssen über wesentliche Risiken ihrer Tätigkeit für Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie die

Umwelt berichten. Durch diese Einschränkungen sind in Deutschland nur etwa 550 Großunternehmen und Konzerne vom Gesetz erfasst. Zudem stellt das Gesetz nicht klar, inwiefern diese Unternehmen über Risiken berichten müssen, die zwar auch von ihnen verursacht werden, aber nicht unmittelbar ihren Geschäftsverlauf beeinflussen. „Es ist enttäuschend, dass Deutschland die EU-Vorgaben so ambitionslos umgesetzt hat“, sagt Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch. Denn die Richtlinie habe reichlich Spielraum für eine konsequentere Umsetzung gelassen.

„Je mehr Unternehmen über ihre Risiken und ihr Risikomanagement berichten, desto verantwortungsvoller können Anteilseigner, Geschäftspartner und Verbraucher ihre Entscheidungen daran ausrichten“, so Klaus Milke weiter. „In Deutschland sind die meisten großen Familienunternehmen wie zum Beispiel Aldi, Lidl und Würth nicht erfasst. Gerade für die deutsche Wirtschaft, in der auch viele große Familienunternehmen global aktiv sind, wäre die Erfassung auch dieser Unternehmen wichtig.“

In Dänemark und Schweden müssen deutlich mehr Unternehmen berichten

In Dänemark und Schweden mit ihren deutlich kleineren Volkswirtschaften sind mit jeweils knapp über 1000 Unternehmen zukünftig fast doppelt so viele wie in Deutschland von der Berichtspflicht erfasst. Diese Länder haben die Beschäftigtenzahl auf 250 Beschäftigte herabgesetzt und so die Berichtspflicht auf deutlich mehr Unternehmen ausgeweitet.

Positiv ist aus Sicht von Germanwatch, dass zum ersten Mal Unternehmen überhaupt über wesentliche Menschenrechts- und Umweltrisiken auch entlang ihrer Geschäftsbeziehungen berichten und Konzepte zum Umgang mit diesen Risiken darlegen müssen. Das neue Gesetz bezieht sich auf die Risiken, die unmittelbar finanzrelevant für das Unternehmen sind. Andere Risiken, die das Unternehmen und seine Zulieferer für Mensch

und Umwelt verursachen, sind dabei nicht zweifelsfrei einbezogen. Milke: „Unternehmen, deren Zulieferer zum Beispiel die Fabrikbrände in Bangladesch und Pakistan mit zu verantworten hatten, müssen eindeutig verpflichtet werden darzulegen, wie sie mit Risiken dieser Art umgehen. Das Gesetz bleibt hier zu schwammig, da Unternehmen auch bei massiven Menschenrechtsbeeinträchtigungen das Schlupfloch der fehlenden Geschäftsrelevanz nutzen können. Da muss nachgebessert werden. Transparenz ist die notwendige Grundlage dafür, dass Unternehmen für von ihnen verursachte Risiken auch Verantwortung übernehmen.“

Die Bundesregierung hatte zu den Entwürfen des Gesetzes Stellungnahmen aus der Fachöffentlichkeit eingeholt. Auch Germanwatch hat sich an diesem Prozess beteiligt. In den Stellungnahmen sind weitere Kritikpunkte am Gesetz enthalten. Link: www.germanwatch.org/de/13595

Kontakt für Medien: Johanna Kusch, Tel.: 030- 25888 3565,
Mail: kusch@germanwatch.org

—
Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-0, Fax -19
E-Mail: info@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Trump fordert Zivilgesellschaft weltweit heraus

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

Pressemitteilung Germanwatch

Germanwatch warnt zur Amtseinführung des 45. US-Präsidenten vor Entmutigung: Mit Strategien für Menschenrechte, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit kämpfen

Bonn/Berlin (19. Jan. 2017). Morgen wird Donald Trump offiziell US-Präsident. Aus Sicht der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch ist dieser Tag auch eine Zäsur für die Zivilgesellschaft weltweit, die diese Herausforderung annehmen müsse. „Donald Trump steht für ein Programm, das zum Scheitern verurteilt ist. Globale Probleme lassen sich nicht durch Nationalismus eindämmen. Die globale Klimakrise kann man nicht einfach wegwünschen, Menschenrechte und Rechtsstaat – die Grundlagen für ein zivilisiertes Zusammenleben – nicht verächtlich machen“, betont Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch. „Wir brauchen eine Transformation und ein Zusammenwirken auf allen Ebenen, damit endlich gegenüber einer entfesselten Globalisierung von Wirtschaft und Finanzmärkten die politische Handlungsmacht die Oberhand gewinnt. Es geht darum, die Kluft zwischen Arm und Reich abzubauen, die globale Klimakrise einzudämmen und die Menschenrechte zu stärken. Es ist Zeit für die Zivilgesellschaft aufzustehen, damit die kurzsichtige Gegendtransformation, für die Politiker wie Trump, Le Pen oder auch Frauke Petry stehen, im Sande verläuft.“

„Keinen zurück lassen“ („leave no one behind“) – der Leitgedanke der 2015 verabschiedeten UN-Agenda 2030 mit ihren globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung – könnte der

Slogan einer solchen inklusiven Transformation sein. Diese bezieht jeden Menschen auf dem Planeten und die ökologische Mitwelt mit ein. Klaus Milke: „Es geht um Kooperation – nicht um America first, nicht um Russland zuerst oder Deutschland zuerst. Wir brauchen Konzepte gegen Armut und Ausgrenzung und für gesellschaftliche Teilhabe. Wenn arme Menschen hier gegen noch ärmere anderswo ausgespielt werden, verschlimmert dies die Probleme für alle. Mit Respekt und Wertschätzung, nicht mit Hass und Häme, bringen wir Lösungen voran.“

Germanwatch werde mit Strategie und Empathie – nicht mit Hysterie und Depression – auf die aktuellen Entwicklungen reagieren. „Wer die Kluft zwischen Arm und Reich nicht entschieden angeht, wer die Grenzen des Planeten ignoriert, wer Menschenwürde und Menschenrechte als Spielregeln für eine pluralistische Weltgesellschaft an die Seite schiebt, der fordert die Grundlagen der Zivilgesellschaft heraus. Wir müssen darauf entschieden und strategisch klug reagieren“, so Milke.

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch
(Kontakt s.u., am Vormittag per Handy/e-mail)

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Tierwohl-Label greift zu kurz Germanwatch: Neues Label darf Pflichtkennzeichnung für Produkte aus industrieller Tierhaltung nicht ersetzen

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

Germanwatch-Kommentar zur Initiative Tierwohl des Bundeslandwirtschaftsministeriums

Berlin (19. Jan. 2017). Zur heute vorgestellten Initiative Tierwohl des Bundeslandwirtschaftsministeriums sagt Reinhild Benning, Expertin für Landwirtschaft und Tierhaltung bei Germanwatch: „Tierwohl hört sich gut an, aber das Tierwohl-Label des Bundeslandwirtschaftsministers greift zu kurz. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen kein Tierleid im Stall. Damit sie sich bewusst gegen Produkte aus industrieller Tierhaltung entscheiden können, müssen diese beim Kauf leicht erkennbar sein. Bisher ist das nur bei Eiern der Fall: Der Handel ist gesetzlich verpflichtet, alle Eier mit Ziffern von 0 für das Bio-Ei bis 3 für das Ei aus Käfighaltung zu kennzeichnen.“

Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland haben – so Germanwatch – mit Hilfe der Pflichtkennzeichnung für Eier das Tierleid in Käfigen weitestgehend abgewählt. „Der Marktanteil für nicht verarbeitete Frischeier aus Käfighaltung liegt gerade noch bei einem Prozent. Das hilft besonders Bauernhöfen anstatt der Agrarindustrie: In Niedersachsen gibt es endlich wieder mehr Hühner haltende Höfe mit kleineren Herden,

mehrheitlich in Freiland- und Ökohaltung“, erklärt Benning. „Das Tierwohl-Label ist ein Versuch des Handels, eine gesetzliche Kennzeichnungspflicht für die Haltungsform auf allen Lebensmitteln von Tieren zu verhindern. Das Label ändert nichts daran, dass Konzerne und Discounter weiterhin Billigfleisch massiv bewerben dürfen, oft mit falschen Versprechen wie „Wiesenhof“ und „Bauernglück“, auch wenn die Tiere nie auf der Wiese waren und Bauern ruinöse Preise erhalten. Nur wenn diese legale Irreführung der Verbraucher gestoppt wird, haben Bauernhöfe mit tiergerechterer Haltung und zumeist geringerem Antibiotikaeinsatz eine faire Chance am Markt.“

Verbraucher legten zudem großen Wert darauf, dass Futterimporte für Tierhaltung in Deutschland nicht weiter Ernährungssouveränität und Regenwald in Ländern des Südens gefährdeten. Dies gewährleiste das sechseckige Biosiegel am ehesten. Indem Minister Schmidt nun für das Tierwohl-Label die gleiche Siegel-Kontur für Ökoprodukte und Nicht-Ökoprodukte vorschläge, trage er eher zur Verwirrung als zur Transparenz für Verbraucher bei.

Der Bundesrat hatte bereits im Jahr 2014 Vorschläge für eine Pflichtkennzeichnung auf den Weg gebracht, die von Bundesverbraucherminister Christian Schmidt bislang jedoch nicht konstruktiv aufgegriffen würden. Germanwatch fordert den Bundesrat auf, das Engagement für die Pflichtkennzeichnung mit mehr Nachdruck fortzusetzen, damit diese spätestens mit einer neuen Bundesregierung Ende des Jahres umgesetzt werden kann.

Kontakte für Medien:

Reinhild Benning

Tel.: 030/2888 356-82

mobil: 0175/726 37 79

Stefan Küper

Pressesprecher

(Kontakt s.u.)

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

**Reserveantibiotika in der
Tierhaltung: Umetikettierung
von Wirkstoffen behebt keine
Missstände Germanwatch warnt
vor Gesundheitsgefahr für
Menschen: Mehr Resistenzen
gegen Notfall-Antibiotika
drohen – Widerstand der**

Länder gefordert

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

Pressemitteilung Germanwatch

Berlin (18. Jan. 2017). Das Bundeslandwirtschaftsministerium plant offenbar zwei Antibiotikaklassen von der Liste der sogenannten Reserveantibiotika zu streichen. Damit würde sich auch das Risiko für Menschen vergrößern, dass sich gegen diese Antibiotika resistente Keime bilden, warnt die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. Denn diese Arzneimittel könnten dann in deutlich größerem Umfang in der Tierhaltung eingesetzt werden. Reserveantibiotika werden von der Weltgesundheitsorganisation WHO als „besonders wichtig“ für die Humanmedizin angesehen, da sie eingesetzt werden wenn herkömmliche Antibiotika nicht mehr wirken.

Das Landwirtschaftsministerium hatte im September ein Eckpunktepapier mit strengeren Regeln für den Einsatz von besonders wichtigen Reserveantibiotika in der Tierhaltung vorgelegt und angekündigt, den Verbrauch dieser Arzneimittel im Stall zu verringern. Diesen Schritt in die richtige Richtung droht Landwirtschaftsminister Schmidt nun auszuhebeln, indem er schlicht zwei Antibiotikaklassen von der Liste der sogenannten Reserveantibiotika streichen will. Germanwatch-Agrarexpertin Reinhild Benning: „Damit riskiert der Verbraucherschutzminister, dass diese Mittel im Stall nach Gutdünken der Tierärzte, ohne Wirksamkeitstests und ohne Limit eingesetzt werden und somit zunehmend resistente Bakterien entstehen. Antibiotikaresistenzen gegen diese Mittel bergen große Gesundheitsgefahren für Menschen, insbesondere auch für Kinder, die auf die Wirksamkeit dieser Notfall-Antibiotika angewiesen sind. Der jüngste Fall einer Patientin in den USA, die nach dem erfolglosen Einsatz von 26 Antibiotika an einem multiresistenten Keim starb, zeigt noch einmal, wie wichtig es ist, der Wirksamkeit von Antibiotika absolute Priorität zu geben.“

Germanwatch: Plan des Landwirtschaftsministers verstößt gegen UN-Vorgaben

Anlässlich der heute beginnenden Agrarminister-Konferenz von Bund und Ländern fordert Germanwatch die Länder auf, die Pläne des Landwirtschaftsministeriums im Bundesrat zu stoppen und die Gesundheitsgefährdung durch Missbrauch von Reserveantibiotika im Stall entschieden zu bekämpfen. Aus Sicht von Germanwatch verstößt der Plan des Landwirtschaftsministeriums auch gegen den UN-Leitsatz „Eine Gesundheit für Mensch und Tier“ (One-Health-Ansatz). Im Rahmen dieses Ansatzes habe die Weltgesundheitsorganisation WHO die Autorität, Antibiotikawirkstoffe als „besonders wichtig“ für den Menschen einzustufen. Die einzelnen UN-Staaten sind laut WHO gehalten, für ihren jeweiligen humanmedizinischen Bedarf gegebenenfalls Arzneimittel zu der nationalen Liste dieser Wirkstoffe hinzuzufügen, nicht aber von der UN-Liste zu streichen, so wie es das Landwirtschaftsministerium plane.

Kontakte für Medien:

Reinhild Benning
Germanwatch-Agrarexpertin
mobil: 0175-726 37 79
benning@germanwatch.org

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch
(Kontakt s.u.)

—

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19

mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Der Fair Finance Guide Deutschland hat zum zweiten Mal deutsche Geldhäuser unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten analysiert und verglichen: GLS Bank und Triodos weiterhin an der Spitze – Postbank ist neues Schlusslicht

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

Berlin (15.11.2016) – Der Fair Finance Guide – das erste freizugängliche Informationsportal zur Überprüfung der sozialen und ökologischen Richtlinien deutscher Banken – hat heute seine zweite Untersuchung veröffentlicht. Im Vergleich zur Premiere im März dieses Jahres wurde die Zahl der untersuchten Banken auf zehn vergrößert. Analysiert und verglichen wurden die Richtlinien deutscher Banken zu ökologischen und sozialgesellschaftlichen Aspekten und der Art der Unternehmensführung (ESG) sowie deren Einhaltung. Ein zentraler Befund: Die Nachhaltigkeitsrichtlinien von acht Banken haben sich seit der ersten Untersuchung verbessert,

doch es gibt aus Sicht der Nichtregierungsorganisationen, die hinter dem Guide stehen, weiterhin inakzeptable Defizite.

Die Platzierungen: Die GLS Bank und Triodos liegen erneut an der Spitze, Neueinsteiger Postbank nimmt den letzten Platz ein. Vergleichsweise schlecht steigt auch die zweite neu untersuchte Bank, die HypoVereinsbank (UniCredit Deutschland), ein: Rang 7 unter den zehn untersuchten Geldinstituten. Die katholische Pax-Bank, die bei der ersten Untersuchung noch die schlechteste Bewertung erhielt, macht einen großen Sprung auf Platz 4, direkt hinter die evangelische Bank für Kirche und Diakonie (KD-Bank). Unter den konventionellen Großbanken ist die Commerzbank nach wie vor bestplatziert und liegt vor der Deutschen Bank, deren ESG-Selbstverpflichtungen sich aber auch spürbar verbessert haben. Die DZ Bank und die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) treten auf der Stelle.

Obwohl laut einer forsa-Umfrage 72 Prozent der Deutschen genau wissen wollen, wie Banken ihre Gelder verwenden, halten sich diesbezüglich viele Geldhäuser nach wie vor bedeckt, so ein Ergebnis der Analyse. „Das Schweigen der Bänker muss ein Ende haben“, fordert Thomas Küchenmeister, geschäftsführender Vorstand der Nichtregierungsorganisation Facing Finance, die den Fair Finance Guide Deutschland koordiniert. „Solange Banken intransparent agieren oder sogar ihre eigenen Richtlinien unterlaufen, solange werden wir Bankkunden darüber informieren, ob ihre Gelder zum Beispiel für Rüstungsprojekte, Klimazerstörung oder Steuerfluchtgeschäfte verwendet werden“, so Küchenmeister.

Gerade beim Thema Klimawandel haben sich die Banken am wenigsten bewegt und schneiden durchschnittlich am schlechtesten ab. „Es ist schon bemerkenswert, dass ausgerechnet die Landesbank LBBW aus dem grün-schwarz regierten Baden-Württemberg über keinerlei Ausschlusskriterien in Bezug auf den hochgradig klimaschädlichen Energieträger Kohle verfügt“, sagt Sarah Guhr, Projektleiterin des Fair Finance Guide Deutschland. Die Selbstverpflichtungen der

untersuchten Banken reichten nicht aus, um die beschlossenen Pariser Klimaziele umzusetzen.

Die wenigsten Berührungspunkte in Bezug auf die Rüstungsindustrie zeigt die Deutsche Bank, wie auch die Konzerntochter Postbank, was aus menschenrechtlicher Sicht sehr problematisch ist. „Die Postbank beruft sich öffentlich ausschließlich auf unverbindliche Universalstandards wie den UN Global Compact“, erklärt Johanna Sydow von Germanwatch. „Auch das erklärt das schlechte Ergebnis bezüglich sozialgesellschaftlicher Aspekte sowie der Art der Unternehmensführung.“ Der Verweis der Bank auf interne Selbstverpflichtungen reiche nicht aus, da diese nicht öffentlich und damit nicht überprüfbar sind.

Auch beim Thema Steuern attestiert der Fair Finance Guide den Banken schlechte Noten mit Verweis auf mangelnde Richtlinien zur Vermeidung von Steuerflucht. Insgesamt tauchen laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung 28 deutsche Geldinstitute in verschiedenen Zusammenhängen in den Panama Papers auf, darunter auch die Commerzbank, die Deutsche Bank, die DZ Bank, die LBBW und die HypoVereinsbank.

„Für die genossenschaftlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Institute DZ Bank und die LBBW lassen sich nur geringfügige Verbesserungen feststellen, sie verharren auf den hinteren Plätzen“, kritisiert Antje Schneeweiß von SÜDWIND. Grundsätzlich ist aber ein positiver Einfluss des Fair Finance Guide auf die Branche festzustellen. „In sieben Fällen wurden von Banken verbesserte Nachhaltigkeitsrichtlinien veröffentlicht, die auch auf das Engagement des Fair Finance Guide und den intensiven Dialog mit den Banken zurückzuführen sind“, betont Mario Dziamski von Rank a Brand. Um in Zukunft das Ambitionsniveau der Banken weiterhin zu erhöhen, werden Bankkundinnen und -kunden noch aktiver entsprechende Informationen einfordern und nachhaltige Finanzprodukte nachfragen müssen. Auch hierfür möchte der Fair Finance Guide eine Entscheidungshilfe sein.

Facing Finance und die Kooperationspartner im Fair Finance Guide werden ihre Zusammenarbeit fortsetzen und ausweiten. Zudem ist vorgesehen, anhand von öffentlich zugänglichen Fallstudien kontinuierlich zu prüfen, ob Banken ihre ESG-Richtlinien einhalten.

Ziel des Fair Finance Guide Deutschland ist es, für Bankkundinnen und -kunden mehr Transparenz und Vergleichbarkeit in Bezug auf die soziale und ökologische Bilanz deutscher Banken herzustellen und ihnen die Möglichkeit zu geben, die Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle besser beurteilen zu können. Dafür steht das anhand von 250 Kriterien detailliert recherchierte und frei zugängliche ESG-Bewertungsportal zur Verfügung: www.fairfinanceguide.de

Der Fair Finance Guide Deutschland ist Teil des Netzwerkes Fair Finance Guide International (www.fairfinanceguide.org), gegründet von Oxfam Novib und finanziert von der schwedischen Entwicklungsbehörde Sida. Die dem Projekt zugrunde liegende, umfassende Methodik wurde mit Unterstützung der niederländischen Agentur Profundo (www.profundo.nl) entwickelt. Der FFG International umfasst derzeit 9 Länder und vereint annähernd 40 Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Umweltgruppen und Verbraucherorganisationen.

Bei Rückfragen und Interviewwünschen wenden Sie sich bitte an:

Thomas Küchenmeister | FACING FINANCE | 0175-4964082 | kuechenmeister@facing-finance.org

Ein Projekt von:

Facing Finance e.V.

Schönhauser Allee 141, HH 2 | 10437 Berlin

kontakt@facing-finance.org

www.facing.finance.org

In Kooperation mit:

SÜDWIND e.V.

Kaiserstraße 201 | 53113 Bonn

schneeweiss@suedwind-institut.de

www.suedwind-institut.de

Germanwatch e.V. .

Stresemannstraße 72 | 10963 Berlin

sydow@germanwatch.org

www.germanwatch.org

Rank a Brand e.V

Gneisenaustraße 30 | 10961 Berlin

mario.dziamski@rankabrand.de

www.rankabrand.de

Kontakt

Vera Schumacher

Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising /

Public Relations and Fundraising

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Kaiserstraße 201

53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-763698-14

Fax: +49 (0)228-763698-22

E-Mail: schumacher@suedwind-institut.de

Website: www.suedwind-institut.de

GLS Bank belegt erneut 1.

Platz im Banken-Vergleich „Fair Finance Guide“

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

Presseinformation

Bochum, 15.11.2016. Der Fair Finance Guide bescheinigt der GLS Bank erneut, dass sie das Geld ihrer Kundinnen und Kunden besonders verantwortungsvoll anlegt und dabei Rücksicht nimmt auf Menschen, Gesellschaft und Umwelt. Die GLS Bank belegt den ersten Platz vor neun anderen geprüften Instituten.

Der „Fair Finance Guide“ geht zurück auf die Initiative von mehreren NGOs – darunter Facing Finance, Südwind, Germanwatch und Rank a Brand – die deutsche Banken hinsichtlich ihres Umgangs mit Menschenrechten, Umweltstandards etc. bewerten.

In der jetzt veröffentlichten zweiten Untersuchung wurden zehn Banken analysiert, darunter auch die Deutsche Bank, Hypovereinsbank und Postbank. Insgesamt 240 Aspekte flossen in die Bewertung ein, die Richtlinien und deren Einhaltung zu ökologischen und sozial-gesellschaftlichen Aspekten und der Art der Unternehmensführung unter die Lupe nimmt.

Die GLS Bank erhielt nun erneut die höchste Punktzahl. Obwohl die Anforderungen der Bewertung inzwischen weiter gestiegen sind, kommt sie auf insgesamt 93 Prozent von 100 Prozent und erfüllt damit die meisten Bewertungskriterien des Fair Finance Guide. Neben der hohen Transparenz der GLS Bank lobten die Initiatoren des Fair Finance Guide die klare Haltung zum Thema Rüstungskonzerne. So wurde festgestellt, dass die GLS Bank hier keinerlei Investitionen in den durch die GLS Bank aufgelegten Fonds tätigt.

Die Anlage- und Finanzierungsgrundsätze der GLS Bank enthalten Vorgaben mit 7 Positivkriterien und 14 Negativkriterien, die etwa Atomkraft, Rüstung und Tierversuche ausschließen. Ein

eigenes Research und der mit unabhängigen Experten besetzte GLS Anlageausschuss nehmen für jedes Unternehmen eine präzise inhaltliche Bewertung vor. Auch externe Nachhaltigkeitsratings fließen ein. Daraus entsteht das Anlageuniversum der GLS Bank.

Mehr Informationen zum „Fair Finance Guide“:
www.fairfinanceguide.de

Über die GLS Bank

Die GLS Bank bietet ihren Kunden alle Leistungen einer Hausbank, wie sozial-ökologisch sinnvolle Geldanlagen, Girokonto, Sparangebote, Zahlungsverkehr, Finanzierungen und Beteiligungen. Über ihre Partnereinrichtung GLS Treuhand ist auch der Bereich Stiften und Schenken abgedeckt. Die GLS Bank bietet ihren Kunden an, Mitglied und somit Eigentümer der Bank zu werden. Mit zielgerichtet sozial-ökologischen Investitionen und einer umfassenden Transparenz bietet sie ihren Mitgliedern und Kunden einen dreifachen Gewinn: menschlich, zukunftsweisend, ökonomisch.

Kontakt

Christof Lützel
Pressesprecher / Prokurist
Kommunikation und Entwicklung
christof.luettel@gls.de
presse@gls.de

GLS Bank
Christstraße 9
44789 Bochum

Telefon +49 (0) 234 5797 5178
Fax +49 (0) 234 5797 5157
Mobil +49 (0) 173 2786963

www.gls.de/presse/
www.twitter.com/gls_presse
www.blog.gls.de

Handy Crash: SODI und Germanwatch entwickeln Online-Spiel, um auf die Ausbeutung in der Handy-Produktion aufmerksam zu machen

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

1,8 Milliarden Handys, davon mehr als eine Milliarde Smartphones, wurden 2013 verkauft. Die meisten dieser Geräte werden schon bald „veraltet“ sein und nach spätestens zwei Jahren ausgetauscht werden. Neue Modelle mit neuen Funktionen werden folgen und Industrie und Markt sich über neue Gewinne freuen. Nur Umwelt und Arbeiter*innen nicht: Sie leiden massiv unter dem Mobilfunk-Boom. Mit dem Online-Game Handy Crash möchten SODI und Germanwatch über die Ausbeutung in der Handy-Produktion aufklären. Das Konzept für das Spiel ist fertig, realisiert werden soll das Spiel aber erst, wenn die Finanzierung steht. Über die Crowdfunding-Plattform startnext müssen bis zum 04.12.14 noch 4300 Euro gesammelt werden.

Mit dem Online-Game Handy Crash möchten SODI e.V. und Germanwatch e.V. das Thema der Handyproduktion in den Fokus der Öffentlichkeit bringen und gleichzeitig neue Ansätze in der bildungspolitischen Arbeit wagen. Handy Crash soll ein kostenfreies, kurzweiliges Match-Three-Game werden, das entwicklungspolitische Inhalte zeitgemäß und zielgruppengerecht vermittelt. Es soll im Browser und auf Facebook laufen und die Möglichkeit bieten spielinterne

Inhalte in soziale Netzwerke zu posten.

Wissensvermittlung im Sinne des Globalen Lernens ist hierbei eine wichtige Motivation. Die SpielerInnen sollen beispielsweise erfahren, dass wertvolle Rohstoffe Gold, Silber, Palladium, Coltan oder Zinn in Smartphones verbaut sind, dass der weltweite Rohstoffabbau enorm rasant zunimmt und ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung und Umwelt ausgebaut wird. So werden beispielsweise durch die Gewinne der Coltan- und Zinnförderung im Kongo teilweise bewaffnete Konflikte finanziert und auf den indonesischen Inseln Bangka und Belitung führte der Zinnabbau zu weiträumiger Wald- und Wasserflächenzerstörung. Die Situation der in der Smartphoneindustrie beschäftigten IndustriearbeiterInnen ist keineswegs besser. „China Labor Watch“ (CLW) spricht in diesem Zusammenhang von unmenschlichen Arbeitsbedingungen.

Die Macht etwas an diesen Umständen zu ändern liegt auch bei den VerbraucherInnen. JedeR kann dabei helfen Ressourcen zu schonen, indem das Handy z.B. so lange wie möglich genutzt wird und nicht fortwährend ein neues erworben wird. Des Weiteren müssen die Handys bzw. ihre Rohstoffe aktiv dem Recyclingkreislauf wieder zugeführt werden. Konkret heißt das, dass nicht mehr benötigte Handys an lokale Sammelstellen abgegeben werden sollten.

Mit Handy Crash möchten SODI und Germanwatch diese Informationen mehr Menschen zugänglich machen. Spiel und Spaß werden hierbei mit Wissensvermittlung geschickt kombiniert. Handy Crash richtet sich insbesondere an zwölf- bis 20-Jährige, deren Lebensalltag entsprechend stark von Smartphone und Co. geprägt ist. Auf dem Weg zur Schule oder zu einem Treffen mit Freunden am Nachmittag: Das Handy ist allzeit griffbereit in der Hosentasche und lädt zum Surfen, Kommunizieren und Spielen während noch so kleiner Pausen ein. Darüber hinaus sollen selbstverständlich auch andere Online-UserInnen erreicht und sensibilisiert werden. Ebenso möchte man Lehrende, ReferentInnen, BildnerInnen usw. erreichen,

sodass das Game auch im Rahmen von Workshops oder im Unterricht zum Einsatz kommt.

Weitere Informationen unter
<https://www.startnext.de/handy-crash>

Pressekontakt Germanwatch
Stefan Küper
Pressereferent [Press Officer]
0228 / 60492-23, 0151 / 25211072
kueper@germanwatch.org

Pressekontakt SODI
Rima Hanano (Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)
Tel.: +49 (0) 30 920 90 93 – 17 | E-Mail: rima.hanano@sodi.de